

NIEDERSCHRIFT

über die **12.** Sitzung
**des Planungs-, Klimaschutz und
Umweltausschusses**
(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **22.02.2024**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Hans Christian Markert

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein
 2. Herr Karl Josef Flüchten
 3. Frau Sabina Kram
 4. Frau Sandra Lohr
 5. Herr Bertram Graf von Nesselrode
 6. Herr Dr.-Ing. Michael Roemer
 7. Herr Richard Streck
 8. Herr Wolfgang Wappenschmidt
 9. Herr Johann-Andreas Werhahn
- Vertretung für Herrn Fabian Sterneke

• SPD-Fraktion

10. Frau Christina Borggräfe
 11. Herr Horst Fischer
 12. Frau Doris Hugo-Wissemann
 13. Herr Wolfgang Kaisers
 14. Herr Hubert Noehlen
 15. Herr Christian Stupp
- Vertretung für Frau Sonja Kockartz-Müller

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Herr Elias Aaron Ackburally
 17. Frau Ute Leiermann
 18. Herr Hans Christian Markert
- Vertretung für Frau Katharina Janetta
Vertretung für Frau Annette Kehl

19. Frau Petra Schenke

Vertretung für Herrn Joachim Quass

• **FDP-Fraktion**

20. Herr Jürgen Güssen

Vertretung für Herrn Markus Schumacher

21. Herr Tim Tressel

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

22. Herr Wolfgang Krause

• **AfD-Fraktion**

23. Herr Christof Rausch

Vertretung für Herrn Michael Nietsch

• **Gäste**

24. Frau Monika Zimmermann

25. Herr Nils Amende

26. Frau Laura Hollerbach

27. Herr Dennis Wegkamp

• **Verwaltung**

28. Herr Dezernent Gregor Küpper

29. Herr Dezernent Harald Vieten

30. Frau Ines Willner

31. Frau Ina Grothe

32. Herr Andreas Böhm

33. Herr Fabian Fox

34. Frau Janina Lohr

35. Herr Jonas Rudolph

36. Herr Dimitri Zaidok

37. Herr Roman Jeschke

38. Frau Andrea Steins

• **Schriftführer**

39. Herr Karl-Heinz Olk

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses.....	4
3.	Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum: Potenzialanalyse Geothermie im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/3979/XVII/2024	4
4.	Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath Vorlage: 68/3933/XVII/2024	5
5.	Energiebericht des Rhein-Kreises Neuss für die Jahre 2020 - 2022 Vorlage: 65/3931/XVII/2024	7
6.	Bestellung von Vertretern/Vertreterinnen des Rhein-Kreises Neuss für die Besetzung der Jury des Umweltpreises Vorlage: 61/4056/XVII/2024	9
7.	Mitteilungen	9
7.1.	Sachstandsbericht Hohe Grundwasserstände in Korschenbroich Vorlage: 68/3973/XVII/2024	9
7.2.	Antwort auf die Anfrage der Stadt Dormagen vom 06.09.2023 i.S. Sanierungsalternativen auf dem Gelände der ehemaligen Zinkhütte Dormagen Vorlage: 68/4061/XVII/2024	10
8.	Anfragen	10
8.1.	Anfrage der AfD-Fraktion vom 25.01.2024 bezüglich Beschaffung von Elektrofahrzeugen durch die Kreisverwaltung Vorlage: VI/3991/XVII/2024.....	11
9.	Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle	11

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vorsitzender Herr Markert bittet vor Eintritt in die weitere Tagesordnung darum, Mitteilungen der Verwaltung nicht allzu kurzfristig auf die Tagesordnung zu setzen, insbesondere um die anvisierte Tagungsdauer einzuhalten. Er verweist auf zwei aktuelle Tischvorlagen, zum einen zum Thema „Umweltpreis“ und zum anderen zur Zinkhütte Dormagen. **Vorsitzender Herr Markert** teilt mit, dass die Tagesordnung entsprechend angepasst werde.

2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses

Protokoll:

Es waren keine noch zu verpflichtenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in der Sitzung anwesend.

3. Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum: Potenzialanalyse Geothermie im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/3979/XVII/2024

Protokoll:

Herr Wappenschmidt fasst den Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum Thema „Potentialanalyse Geothermie im Rhein-Kreis Neuss“ zusammen. Da der Geologische Dienst NRW zur heutigen Sitzung leider keinen Referenten entsenden konnte, solle der TOP auf die nächste Sitzung gesetzt werden. **Frau Leiermann** und **Vorsitzender Herr Markert** verweisen ebenfalls auf die Wichtigkeit des Themas, da insbesondere für die kommunale Wärmeplanung von Bedeutung. **Vorsitzender Herr Markert** regt an, zur nächsten Ausschusssitzung zusätzlich zum Geologischen Dienst auch weitere Fachleute zum Thema einzuladen, z. B. vom Fraunhofer Institut.

4. Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath

Vorlage: 68/3933/XVII/2024

Protokoll:

Herr Wegkamp vom beauftragten Gutachterbüro pbo Ingenieurgesellschaft mbH, Aachen, informiert über aktuelle Untersuchungsergebnisse zur zukünftigen Abfallwirtschaft im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA), über die beiden Varianten „Wertstoffsortierung“ und „reiner Umschlag zu thermischen Verwertungsanlagen“. Er stellt heraus, dass damit eine solide Vorlage für den Kreistag in Sachen Variantenentscheidung geschaffen worden sei.

(Anmerkung der Schriftführung: Primär aus Lesbarkeitsgründen werden sämtliche Vorträge aus dem öffentlichen Teil der Tagesordnung auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss abgelegt. Pfad: Verwaltung und Politik/ Politik und Wahlen/ Bürgerinfoportal/ Planungs- Klima- Umweltausschuss/ 22.02.2024)

Herr Wegkamp erinnert an die Schwerpunktthemen, die zuletzt in der Ausschusssitzung am 26.10.2023 diskutiert worden seien:

- Fördermöglichkeiten
- Analyse der Restmüllzusammensetzung
- Tragwerksüberprüfungen der vorhandenen MBA-Hallen
- Wirtschaftlichkeit der beiden Varianten,
- Verwertungswege von aussortierten Kunststoffen

Herr Wegkamp informiert ausführlich über diese Schwerpunktthemen. In Sachen „Fördermöglichkeit“ stellt er fest, dass Fördermöglichkeiten grundsätzlich vorhanden seien, bei der Kostenbetrachtung aufgrund der Unsicherheiten allerdings nicht berücksichtigt werden. Er hebt hervor, dass die Abfallanalyse nunmehr abgeschlossen worden sei. Der Kunststoffgehalt sei mit einem Anteil von 16 % deutlich höher als erwartet, der Organikanteil mit 30 % dagegen deutlich geringer. **Herr Wegkamp** weist aber darauf hin, dass im Rhein-Kreis Neuss 66 kg Organik pro Einwohner und Jahr über die Restmülltonne entsorgt werden, weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt in Höhe von 50 kg. Daher solle der Organikanteil im Restmüll weiter reduziert werden.

Die zweite fachtechnische Stellungnahme zur Fachwerksprüfung liege inzwischen vor. Die Ergebnisse der Erstprüfung seien bestätigt worden. So gebe es derzeit keine Bedenken gegen den Weiterbetrieb der Maschinen-/Rottehalle. Allerdings ist mit einer exponentiellen Zunahme der Schäden am Tragwerk zu rechnen.

Herr Wegkamp informiert über Neubauten und diversen Umnutzungen bei der Umschlagsvariante und bei der Wertstoffsortierung. Schließlich stellt er eine Schätzung der Investitionskosten vor. Demnach fallen bei der Variante Wertstoffsortierung mit über 22 Mio. € doppelt so hohe Kosten wie beim reinen Umschlag mit ca. 11 Mio. € an.

Daneben werden – egal bei welcher Variante – voraussichtlich weitere Kosten anfallen, z.B. für die Asphaltierung anliegender Flächen, die Entwässerung oder für die Beseitigung von Belastungen aufgrund von Brandereignissen.

Er berichtet über verschiedene Szenarien bei den Entwicklungen der Verbrennungskosten und des Kunststoffverwertungspreises. Schließlich stellt er einen fiktiven Gebührenvergleich vor. Dabei sei die aktuelle Situation auf das Jahr 2026 hochgerechnet worden. Die Mehrkosten liegen demnach im ersten Jahr beim Umschlag bei 0,14 € pro Einwohner und je nach Modellberechnung zwischen 0,47 € und 4,32 € bei der Wertstoffsartierung. Weitere Schwerpunkte in seinem Vortrag bilden die Energieverbräuche, die Energieerzeugung und CO₂-Bilanzen. **Herr Wegkamp** stellt die Gesamtbeurteilung der Varianten vor. Der reine Umschlag erziele 9,2 Punkte, die Wertstoffverwertung je nach Modell zwischen 8,8 und 9,3 Punkten.

Herr Wegkamp fasst zusammen:

- Die Verbrennungspreise werden zukünftig eher ansteigen, sodass die Wertstoffsartierung wirtschaftlicher werden könne
- Der Bedarf an Recyclingkunststoffen werde zukünftig steigen, mit entsprechenden Vorteilen bei der Wertstoffvariante
- Allerdings müsse bei der Wertstoffvariante mit steigenden Gemeinkosten wie höheren Personalkosten gerechnet werden
- Fördergelder bei den Investitionskosten wären für die Wertstoffvariante natürlich sehr vorteilhaft

Herr Wegkamp betont, dass die Wertstoffvariante mehr Chancen als Risiken biete. Zum Zeitplan sagt er, dass selbst bei sofortiger Entscheidung eine Inbetriebnahme nicht vor Sommer 2026 erfolgen könne.

Aus gegebenem Anlass verweist **Vorsitzender Herr Markert** darauf, dass laut Geschäftsordnung des Kreistags Film- und Fotoaufnahmen nur mit Einwilligung des Landrates gemacht werden dürfen.

Herr Rausch erkundigt sich zur Rentabilität bei der Wertstoffvariante. **Frau Leiermann** fragt zum geplanten Standort der Umschlagshalle. **Herr Werhahn** erinnert daran, dass sich die WSAA in der Anfangszeit finanziell nicht gerechnet habe, nunmehr rückblickend aber umso mehr. Er betont, dass nach 30 Jahren wieder eine Grundsatzentscheidung in der Abfallwirtschaft des Kreises gefällt werden müsse, wiederum zukunftsweisend. **Herr Werhahn** betont, dass aufgrund aller Unwägbarkeiten im Bereich der Abfallentwicklung niemand voraussagen könne, ab welchem Jahr sich denn eine Wertstoffaukopplung rentieren werde. **Herr Wappenschmidt** sagt, dass eine Entscheidung in Sachen Freiflächen-PV erst gefällt werden solle, wenn die Wirtschaftlichkeit geklärt sei, also Zahlen von externen Stromeinkäufern vorgelegt werden. Er fragt zu den Kosten bei einer eventuell notwendigen Bodensanierung unter den Pflasterflächen. Des Weiteren möchte er wissen, ob durch den Verzicht auf die Rote Arbeitsplätze in Gefahr seien. **Herr Küpper** antwortet, dass unabhängig von der Variantenentscheidung niemand arbeitslos werde. Dieses sei mit EGN vorab abgestimmt worden. Zu den potentiellen Bodensanierungen unterhalb der gepflasterten Flächen könne aktuell noch nichts gesagt werden, da der Kreis sich zurzeit mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde diesbezüglich abstimme.

Vorsitzender Herr Markert leitet die Abstimmungsphase ein. **Herr Wappenschmidt** sagt, dass sich die CDU-Fraktion für die Wertstoffvariante entscheiden werde. Er gibt dafür umweltpolitische Gründe an, verweist auf die Einsparung von ca.

22.000 t CO₂ pro Jahr und führt aus, dass bei der Wertstoffvariante eine voraussichtliche Gebührenerhöhung in Höhe von ca. 1 € pro Einwohner und Jahr vertretbar seien. **Frau Hugo-Wissemann** betont, dass die SPD sich bereits in der Vergangenheit immer für eine Wertstoffsartierung ausgesprochen habe. Durch die Arbeiten des Gutachterbüros pbo sehe sich die SPD bestätigt, dass die Wertstoffabtrennung auch zukunftssträftig sei. **Frau Leiermann** schließt sich den Ausführungen an und hofft, dass sich durch die Kunststoffseparation aus dem Restabfall auch Firmen aus der Recyclingbranche im Kreis ansiedeln werden. **Herr Tressel** betont, dass eine Wertstoffseparation wirtschaftlich sei und ergänzt, dass mit Einführung verschiedener Trennverfahren in der Zukunft auch eine gewisse Flexibilität geschaffen werde. **Herr Rausch** liest eine Stellungnahme von Herrn Nietsch von der AfD vor, die sich vorrangig wg. des Kostenrisikos für die Variante Umschlag ausspreche. **Herr Krause** sagt für die UWG, dass es sich bei der Wertstoffvariante um eine sinnvolle Investition zum Ressourcenschutz handle.

Vorsitzender Herr Markert lässt abstimmen und stellt fest, dass sich bis auf die eine Gegenstimme der AfD alle Mitglieder des Ausschusses für die Wertstoffvariante aussprechen. Damit wird dem Kreistag empfohlen zu beschließen, diese Variante von der Verwaltung umsetzen zu lassen. Er verweist diesbezüglich auf den bereits seit Jahrzehnten anhaltenden Konsens bei abfallwirtschaftlichen Fragen im Kreis.

PLUA/20240222/Ö4

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz – und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, die Variante Neubau mit Wertstoffsartierung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit einer Gegenstimme

5. Energiebericht des Rhein-Kreises Neuss für die Jahre 2020 - 2022 Vorlage: 65/3931/XVII/2024

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert heißt die neue Energiemanagerin der Kreisverwaltung, Frau Janina Lohr im Namen des Ausschusses willkommen.

Herr Vieten verweist in seinem PowerPoint-Vortrag auf den ausführlichen und detaillierten Energiebericht, der mit der Einladung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung

gestellt worden sei. In diesem Bericht werden alle Verbrauchs- und Kostendaten nach Strom und Wärme, in Verbrauchsgruppen sowie nach Einzelliegenschaften aufgeschlüsselt und anschaulich dargestellt. Es werden allerdings nicht nur Zahlen und Fakten aufgeführt sondern auch konkrete Maßnahmen benannt, um Energieverbräusche in den Liegenschaften zu optimieren und um die erneuerbaren Energien zu fördern.

Herr Vieten betont, dass Dank der vom Kreistag fraktionsübergreifend beschlossenen Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel sowie Programmen wie dem Klima-Globalbudget und dem Ausbauprogramm Photovoltaik das Baudezernat wichtige Hebel und Optimierungsmöglichkeiten zur Erreichung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen erhalten habe.

Herr Vieten wertet es als einen großen Erfolg, dass es der Gebäudewirtschaft gelungen sei, die CO₂-Emissionen von 2020 bis 2022 um insgesamt 1.300 t, umgerechnet um ca. 28 %, zu senken. Er stellt heraus, dass bis 2035 die Wärmeversorgung der Kreisgebäude zu 70 % aus Erneuerbaren Energien erfolge solle. Relativ hohe Energieverbräusche haben die Kreisschulen, sodass der Schwerpunkt der energetischen Sanierung und Modernisierung zunächst auf den Schulbereich gelegt worden sei. **Herr Vieten** informiert, dass bis dato durch das Ausbauprogramm Photovoltaik bereits 50 t CO₂ eingespart worden sei. Er informiert über die geplante Belegung des alten und des neuen Kreishauses mit Photovoltaikmodulen und verweist auf weitere Vorhaben, z. B. am BBZ Grevenbroich und bei den Förderschulen. **Herr Vieten** informiert über die

- Umrüstung der Dienstwagenflotte auf alternative Antriebsarten
- den Ausbau nichtöffentlicher E-Ladesäulen
- über positive Entwicklungen beim Einsatz von Recyclingpapier
- über den Einsatz klimafreundlicher Drucker und Toner
- und über Digitale Lösungen, um Behördengänge einzusparen

Abschließend betont **Herr Vieten**, dass das Baudezernat weiterhin zielgerichtet und vielfältig unterwegs sei, um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Vieles sei bereits erreicht worden, aber Vieles bleibe natürlich noch zu tun.

Vorsitzender Herr Markert und **Frau Schenke** loben, wie die energetische Sanierung der Schulen durch das Baudezernat angegangen werde und welche Erfolge bereits erzielt worden seien. **Herr Wappenschmidt** sagt, dass der Energiebericht eine gute Ausgangsbasis dafür sei, weitere Umweltschutzmaßnahmen bei den kreiseigenen Gebäuden umzusetzen. **Frau Hugo-Wissemann** betont, dass der Energiebericht zudem aufzeige, dass noch allerhand Arbeiten umgesetzt werden müssen, insbesondere in den Berufsbildungszentren.

PLUA/20240222/Ö5

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss nimmt den Energiebericht zur Kenntnis.

6. **Bestellung von Vertretern/Vertreterinnen des Rhein-Kreises Neuss für die Besetzung der Jury des Umweltpreises** **Vorlage: 61/4056/XVII/2024**

Protokoll:

Frau Grothe bittet, die kurzfristige Information mittels Tischvorlage zu entschuldigen. Grund: Der Umweltpreis sei seit dem heutigen Tage online gestellt. Aufgrund dieser Kurzfristigkeit sei natürlich eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag schwierig.

Frau Grothe erläutert, dass die Jury bis dato aus Kreisdirektor Brügge, dem Ausschussvorsitzenden Herrn Markert und ihr selber bestehe, sowie aus jeweils einem Mitglied jeder Fraktion. Namensvorschläge können selbstverständlich nachgereicht werden.

Herr Ackburally meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an. **Herr Wappenschmidt** schlägt vor, dass die Fraktionen jeweils auch einen Vertreter benennen sollen. Für die CDU-Fraktion benennt er sich selbst und als Vertreterin Frau Lohr. **Frau Hugo-Wissemann** schlägt für die SPD Herrn Wolfgang Kaisers und als Vertreterin Frau Christina Borggräfe vor. Sie fordert zudem, dass auch der Umweltdezernent, Herr Küpper, Mitglied der Jury werden solle, da schließlich insbesondere „Umwelt“-Aspekte und nicht ausschließlich Klimaschutzaspekte betroffen seien. **Frau Grothe** sagte zu, dies verwaltungsintern abzustimmen. Für die FDP werden Herr Tressel und Herr Kell benannt. **Vorsitzender Herr Markert** stellt fest, dass keine weiteren Wortbeiträge erfolgen und hofft auf eine Vielzahl interessanter Vorschläge für dieses Umweltschutzprojekt.

7. **Mitteilungen**

7.1. **Sachstandsbericht Hohe Grundwasserstände in Korschenbroich** **Vorlage: 68/3973/XVII/2024**

Protokoll:

Herr Küpper informiert, dass zur Kappung der Grundwasserspitzen in Korschenbroich mittlerweile alle Grundwasserpumpen in Betrieb seien.

7.2. Antwort auf die Anfrage der Stadt Dormagen vom 06.09.2023 i.S. Sanierungsalternativen auf dem Gelände der ehemaligen Zinkhütte Dormagen

Vorlage: 68/4061/XVII/2024

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert verweist auf die Tischvorlage zum Thema „Aktuelle Entwicklungen in Sachen Zinkhütte“. Er merkt an, dass auch diese Mitteilung sehr kurzfristig erfolgt sei. Herr Küpper begründet die kurzfristige Information mittels Tischvorlage: So habe die Stadt Dormagen die Kreisverwaltung gebeten, ein alternatives Sanierungsverfahren auf dem Gelände der ehemaligen Zinkhütte fachlich zu prüfen und das Ergebnis schnellstmöglich zu übermitteln. Der Kreis habe daraufhin einen bis dahin nicht in den Vorgang „Zinkhütte“ involvierten Sachverständigen mit dieser Prüfung beauftragt. **Herr Küpper** informiert, dass das Prüfgutachten erst vor wenigen Tagen beim Kreis eingegangen sei und der Kreis - wie zugesagt – die Stadt Dormagen daraufhin zeitnah informiert habe. Die Verwaltung habe daher entschieden, dass der Umweltausschuss ebenfalls unmittelbar über diesen neuen Sachstand informiert werde.

Herr Küpper fügt hinzu, dass die Ausschussmitglieder diese neuen Entwicklungen schließlich keinesfalls erst aus der Zeitung erfahren sollen. Der Umweltausschuss tage ja erst wieder Ende Mai.

Herr Küpper betont, dass durch das neue Gutachten die bekannte Sachlage inhaltlich nicht verändert worden sei, sodass Dormagen nun das geplante Bauleitplanverfahren in Gang bringen könne, um das Zinkhüttengelände endlich zu entwickeln.

Herr Ackburally bedankt sich für die schnelle Information durch die Verwaltung. Damit habe seine Fraktion eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen.

8. Anfragen

Protokoll:

In der Sitzung erkundigt **Frau Borggräfe** sich zu den aktuellen Entwicklungen in Sachen „kommunale Wärmeplanung“. **Frau Grothe** fasst den Sachstand zusammen. Die Kreisverwaltung sei beauftragt worden, einen sogenannten „Versorgungsatlas“ bzw. eine kommunale Wärmeplanung koordinierend für die kreisangehörigen Kommunen zu erstellen. Vor diesem Hintergrund seien verschiedene Unterstützungsangebote geprüft und erörtert worden, wo eine kommunenübergreifende Wärmeplanung im Kreisgebiet überhaupt Sinn mache. Auf die schriftliche Abfrage von Herrn Landrat Petrauschke vom 18.10.2023 zum Interesse einer Koordination durch den Kreis teilten sieben Kommunen mit, dass sie bereits einen Förderantrag zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung gestellt haben. Teilweise seien diese Anträge bereits positiv beschieden und ein Wärmekataster in Arbeit. **Frau Grothe** betont, dass die Daten nach Abschluss

des Verfahrens dem Kreis zur Verfügung gestellt werden. Der Austausch zur Umsetzung und Fortschreibung der Wärmeplanung werde dann von der Kreisverwaltung begleitet.

Frau Grothe ergänzt, dass im Zuge der kommunalen Wärmeplanung auch das Thema Geothermie erörtert werde. Auch hierfür werde eine Abfrage unter den Kommunen für die nächste Ausschusssitzung vorbereitet.

Herr Wappenschmidt betont, dass die CDU- Fraktion den erzielten Konsens positiv bewerte und die Entwicklung mit Interesse weiterverfolge.

Herr Ackburally erkundigt sich zum Projekt „Klimabäume“. Er fragt, wie die letztjährige Aktion verlaufen sei und wie die weitere Planung aussehe. **Herr Küpper** antwortet, dass die Aktion sehr gut angenommen worden sei. Alle 600 Bäume seien an Interessierte abgegeben worden. Das Projekt solle daher fortgesetzt werden. Da aber das forstliche Personal auf nur noch einen Förster deutlich reduziert worden sei, sei eine starke Ausweitung nur unter Zuhilfenahme eigener Kräfte schwer möglich. **Frau Borggräfe** informiert, dass es personelle Veränderungen im Vorstand des Erftverbandes gegeben habe. Sie schlägt daher vor, den neuen Vorsitzenden in den Ausschuss einzuladen. Vorsitzender **Herr Markert** greift diesen Vorschlag gerne auf.

8.1. Anfrage der AfD-Fraktion vom 25.01.2024 bezüglich Beschaffung von Elektrofahrzeugen durch die Kreisverwaltung Vorlage: VI/3991/XVII/2024

Protokoll:

Zur Anfrage der AfD in Sachen Elektrofahrzeuge erfolgen keine Wortbeiträge.

9. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Protokoll:

Zu dem TOP erfolgen keine Wortbeiträge.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Hans Christian Markert um 19:00 Uhr die Sitzung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H.C. Markert'.

Hans Christian Markert
Vorsitz

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Karl-Heinz Olk'.

Karl-Heinz Olk
Schriftführung